

Landesfest ...

Fortsetzung von Seite 3

ring. Aus vielen westfälischen Städten mit CDU-Mehrheiten sei volle Zustimmung gekommen. Im übrigen sei man stets nach dem Prinzip der Freiwilligkeit verfahren.

Bei der Erörterung des Tagesordnungspunktes „Landesentwicklungsbericht 1984“, den der Hauptausschuß später einstimmig zur Kenntnis nahm, teilte Leister mit, die Landesregierung habe am Dienstag, 20. Mai, dem Referentenentwurf eines Landesmediengesetzes grünes Licht erteilt. Zu diesem Referentenentwurf sollen Verbände und Organisationen bis zum 30. Juni Stellungnahmen abgeben. Unmittelbar nach der Sommerpause werde der endgültige Regierungsentwurf von der Landesregierung verabschiedet. Ende September könnte demnach bereits die erste Lesung und Anfang 1987 aller Voraussicht nach die Verabschiedung des Landesmediengesetzes erfolgen, schloß der Staatssekretär.

Auf die Bevölkerungsentwicklung ging der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Bernhard Borms ein. In den nächsten 25 Jahren werde die Zahl der Kinder und Jugendlichen in NRW von 3,8 Millionen auf 2,5 Millionen sinken, die Zahl der 60jährigen und älteren werden um 22 Prozent wachsen. Die Entwicklungstendenzen liefen darauf hinaus, daß die Gesamtbevölkerung abnehme, die Zahl der Ausländer sich stabilisiere, der Altersaufbau gegenläufig sei und das Mobilitätsgefälle zwischen Stadt und Land bestehen bleibe.

Bei seiner nächsten Sitzung am 3. Juli will der Hauptausschuß einen Fragenkatalog mit dem Intendanten des WDR und dem Präsidenten des Landesrechnungshofes durchgehen, bei dem unter anderem die Problematik der Rundfunkgebühren erörtert werden soll. Bei der Aussprache über den Fünften Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten unter dem Gesichtspunkt „Bedarfs Haushalte der Anstalten“ vertrat Reinhard Grätz (SPD) die Ansicht, die Rundfunkanstalten könnten zu sehr unter die Kontrolle der Parlamente geraten. Helmut Elfiring (CDU) äußerte seine Sorge über eine eher umgekehrte Entwicklung. Elfiring meinte, der Schutz der Gebührenzahler sei nicht gewährleistet. Auch der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde vertrat die Auffassung, der WDR sei kein Garant für diesen Schutz. Jürgen Büssow (SPD) sah darin einen Angriff auf die Gremienmitglieder. Im übrigen unterstrich er, daß der Rundfunk im Land staatsfrei sei.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 88 43 03, 88 43 04 und 88 45 45

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH

Porträt der Woche



Brigitte Speth (SPD)

Mit leiser Stimme, zögerlich und doch selbstverständlich sagt sie manchmal Sätze, die einem männlichen Abgeordneten nie über die Lippen kämen. Zum Beispiel: „Manchmal habe ich auch Angst vor meinen Wählern.“ Oder: „Weinende Menschen machen mich hilflos. So vielen kann ich nicht helfen. Es ist so hoffnungslos manchmal.“ Sie bekomme dann schon beim Telefonieren feuchte Hände ...

Die das sagt, hat sich vor Jahren schon als Physikstudentin bis zum Diplom durchgebissen, damals noch viele Semester als einziges weibliches Wesen unter männlichen Kommilitonen im Hörsaal. Und sie hatte im vergangenen Jahr den Düsseldorfer Wahlkreis 49 übernommen, den kein Mann haben wollte, weil er als uneinnehmbare CDU-Hochburg galt. Aber im Sog von Johannes Rau eroberte Brigitte Speth mit 46,5 Prozent die schwarze Hochburg, war am Wahlabend nach eigenem Bekunden selbst ein bißchen traurig und erschrocken, als sie plötzlich Landtagsabgeordnete war und ihre Arbeit als Organisationsleiterin der Düsseldorfer Gesamtschule aufgeben mußte. Viele Jugendliche hatten der beliebten Lehrerin vor dem 12. Mai versichert, sie würden ihre Eltern beknieen, Frau Speth auf keinen Fall zu wählen, damit sie bloß in der Schule bleiben müsse. Ein bißchen Wehmut schwingt schon mit, wenn Brigitte Speth sich daran erinnert ...

Aber mit Sanftmut, Bangigkeit und empfindsamem Herzen allein macht eine Frau in der Sozialdemokratischen Partei keine Karriere. Man(n) soll sich da nicht täuschen: Brigitte Speth, 1944 im Thüringischen geboren, hat eine Kämpfernatur, ist, wenn sie sich recht erinnert, „immer eine Kämpferin gewesen“, leise aber beharrlich, eher unauffällig, aber von solcher Glaubwürdigkeit, daß andere Frauen in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen die neue Genossin – sie trat erst 1979 in die Partei ein – schon früh baten: „Sag das mal für uns“, wenn sie sich von den Wortführerinnen in dieser Arbeitsgemeinschaft an die Wand geredet fühlten.

So ist es nicht verwunderlich, daß es für Brigitte Speth „absolut schädlich“ wäre, würden die Frauen die – wie sie sagt – Männerstrukturen – im politischen Kampf nachahmen oder gar übernehmen. Sie beharrt darauf, daß es sehr wohl auch in der politischen Auseinandersetzung weibliche Verhaltensstrukturen gibt, die den Kampf um Mehrheit und Mandate erträglicher machen. Für Brigitte Speth zählen dazu unter anderem eine größere Bereitschaft zum Zuhören, mehr Nachdenklichkeit, weniger Selbstgerechtigkeit – die Aufzählung könnte sie noch lange fortsetzen.

Da die Düsseldorfer Abgeordnete aber auch eine illusionslose Frau ist, glaubt sie nicht daran, daß solch weibliche Verhaltensstrukturen den Frauen irgendwann einmal in den politischen Entscheidungsgremien sozusagen automatisch die Mehrheit beschere. Sie ist deshalb für die Frauenquotierung, die sie als

„Hoffnung und Chance“ versteht. Als einzige Frau in einer Männerrunde habe man es nun einmal schwer, machten es einem die Männer auch schwer, begründet Brigitte Speth ihr Votum für die Quotierung, die den Frauen mittelfristig zumindest jenen Prozentsatz an Vorstandsämtern und Mandaten verschaffen soll, den sie an der Parteibasis bilden.

Ob sie sich als Feministin versteht? Die Abgeordnete zögert mit der Antwort keine Sekunde: „Selbstverständlich“, aber dann setzt sie hinzu: „Doch bin ich mehr Genossin als Feministin, das kann ja auch gar nicht anders sein.“ In dieser Ausschließlichkeit gilt das aber wohl nicht für alle sozialdemokratischen Feministinnen oder – ganz wie man will – feministische Sozialdemokratinnen.

Seit 1972 schon hatte sich Brigitte Speth in sozialdemokratischen Wählerinitiativen engagiert. Nach dem großen Wahlsieg Willy Brandts wurden damals viele ihrer Mitstreiterinnen Genossinnen. Brigitte Speth tat diesen Schritt nicht. Vielleicht ist auch das bezeichnend für die Düsseldorfer Abgeordnete: Sie trat erst in die Partei ein, als – so sagt sie es – „viele unter Schmidt den Bach runterging, was ich unter SPD-Politik verstehe“. Und das sind für sie die Friedenspolitik, eine Gesellschafts- und Sozialpolitik zugunsten der Schwachen und zu Lasten der Wohlhabenden, eine chancengerechte Bildungspolitik, Chancengleichheit für die Frauen.

Welche Möglichkeiten sie hat, diese Ziele als Landtagsabgeordnete zu erreichen? Brigitte Speth räumt ein, daß es da nur begrenzte Möglichkeiten gibt. Bereut aber habe sie ihre Entscheidung für die Politik bisher noch nicht, wenn es auch selten Spaß mache, Erfolgserlebnisse nicht gerade nach jeder Sitzung der Mehrheitsfraktion zu feiern seien. Dennoch: Sie hat sich nun einmal reingeknieet in diese Arbeit, will sie fortsetzen, solange sie einen Sinn darin sieht. Einen Sinn in erster Linie für jene, die Hilfe und Gerechtigkeit nötiger haben als Brigitte Speth selbst und all die anderen Abgeordneten des Düsseldorfer Landtags.

Reinhard Voss